



Foto: Reuters

EVP-Kongress

## „Unser Ziel, Ihr Europa“

**Unter diesem Motto fand der diesjährige Kongress der Europäischen Volkspartei (EVP) in Rom statt.**

Im Mittelpunkt der Beratungen des Kongresses standen die Neuwahl der Führungsgremien sowie die politische Weiterentwicklung der Europäischen Union.

In ihrem Grußwort an die über 1000 Delegierten

und Gäste hob die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, die Erfolge des bisherigen europäischen Integrations- und Erweiterungsprozesses hervor. Beide Errungenschaften müssten miteinander in Einklang gebracht werden. Die EVP als führende europäische Partei müsse in einer sich ▶

### INHALT

Ronald Pofalla:  
Werte bewahren,  
Zukunft sichern  
Seite 4-5

Volker Kauder:  
Bundeshaushalt 2006 –  
erster Schritt zu  
konsolidierten  
Bundesfinanzen  
Seite 10

## HEUTE AKTUELL

■ Hans-Gert Pöttering: Dienstleistungsrichtlinie auf dem richtigen politischen Weg (S. 3) ■ Termine zur Grundsatzprogramm-Diskussion 2006 (S. 4) ■ Adenauer-Stiftung präsentiert Hintergrundinfos (S. 5) ■ Bundestagsdebatte: Regierung auf dem richtigen Weg (S. 6-7) ■ Ronald Pofalla: Senkung der Lohnnebenkosten dringlicher denn je (S. 7) ■ Zukunftsakademie NRW eröffnet (S. 8-9) ■ R. Brauksiepe: Vorsichtige Besserung am Arbeitsmarkt (S. 11) ■ I. Fischbach: Religionsunterricht als Wahlpflichtfach notwendig (S. 11-12) ■ T. Rachel: Kampfansage an konfessionellen Religionsunterricht (S. 12) ■ E. von Kläden/H. Gröhe: Glückwunsch an Olmert (S. 13) ■ P. Bleser/J. Klöckner: Mobilfunkgebühren werden verbraucherfreundlicher (S. 13-14) ■ K. Reiche: Deutschland braucht Masterplan Umwelt (S. 14)

► globalisierenden Welt für ihr Verständnis von Frieden, sozialer Gerechtigkeit, nachhaltiger Entwicklung und entschieden gegen Terrorismus und Diktaturen eintreten, sagte die Bundeskanzlerin. Diese Ziele seien nicht im nationalen Alleingang sondern im europäischen Handlungsrahmen zu erreichen, der von den Einzelstaaten Kompromisse erforderlich mache.

Die in der EVP zusammengeschlossenen christlich-demokratischen und konservativen Parteien sprachen sich für die Fortsetzung des Ratifizierungsprozesses zum europäischen Verfassungsvertrag aus. In einem vom EVP-Kongress mit großer Mehrheit angenommenen „Manifest von Rom“ heißt es, die politischen Probleme und institutionellen Schwächen der EU drohten noch zu wachsen, „solange die im Verfassungsvertrag enthaltenen Reformen nicht Realität werden“. Damit hat sich in der EVP die von Bundeskanzlerin Angela Merkel



Peter Hintze wurde mit dem besten Wahlergebnis zu einem der zehn EVP-Vizepräsidenten gewählt.

verfochtene und von der Union in der Koalitionsvereinbarung festgeschriebene Linie durchgesetzt, am Verfassungsvertrag festzuhalten. „Wir dürfen diese Errungenschaften nicht aufgeben. Wir müssen sie retten“, schloss sich der im Amt des EVP-Vorsitzenden bestätigte frühere belgische Premierminister Wilfried Martens der deutschen Haltung an. Der Parteikongress forderte die Staats- und Regierungschefs außerdem auf, spätestens in der ersten Hälfte des kommenden Jahres unter deutschem EU-Vorsitz „weitere Impulse“ für den Ratifizierungsprozess zu setzen.

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-220 70-3 72, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 2226-8 02-0, Telefax 0 2226-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telefon 0 2226-8 02-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Profflich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.



# Dienstleistungsrichtlinie auf dem richtigen politischen Weg

Als positives, wenn auch unspektakuläres Arbeitstreffen hat der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, Hans-Gert Pöttering, den EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Brüssel bezeichnet.

Pöttering begrüßte insbesondere, dass eine Einigung darüber erzielt werden konnte, den Beschluss des Europäischen Parlaments zur Dienstleistungsrichtlinie zur Grundlage des endgültigen Kommissionsvorschlages zu machen. Es sei zu hoffen, dass dies eine klare politische Leitlinie sei, die nach Vorlage des Kommissionsvorschlages eine schnelle Einigung im Rat ermöglichen machen werde, erklärte Pöttering. Die in den Schlussfolgerungen er-



Hans-Gert Pöttering

klärten Ziele für mehr Investitionen in der Forschungs- und Entwicklungspolitik, für eine stärkere Koordinierung der Energiepolitik und Maßnahmen zugunsten des Mittelstandes seien zwar positiv, aber es bleibe abzuwarten, ob diesen Erklärungen politische Taten folgen werden, die zu konkreten Ergebnissen führen.

Als prioritäre Aufgabe der nächsten Zukunft bezeichnete Pöttering die notwendige Einigung zwischen Rat und Europäischem Parlament zu den Finanzperspektiven 2007–2013. Wie bei der Dienstleistungsrichtlinie habe das Europäische Parlament auch hier eine gute Vorarbeit geleistet. Die EVP-ED-Fraktion setze sich dafür ein, bald zu einem akzeptablen Gesamtpaket mit dem Rat zu Reformen des Haushalts, der Sicherung der Parlamentsrechte und den richtigen politischen Prioritäten zu kommen. Allerdings setze dies voraus, dass auch der Rat sich bewege, um zu einem akzeptablen Kompromiss zu gelangen.

## PAPST BENEDIKT XVI. EMPFÄNGT EVP-ED-FRAKTION

Im Vorfeld des EVP-Kongresses ist die EVP-ED-Fraktion von Papst Benedikt XVI. empfangen worden.

Der Fraktionsvorsitzende, Hans-Gert Pöttering, betonte in einer Ansprache während dieser Audienz, dass im Mittelpunkt des politischen Programms seiner Fraktion die

Würde des Menschen in seiner transzendenten Dimension stehe. Die Fraktion habe sich dafür eingesetzt, einen Gottesbezug in der Europäischen Verfassung zu verankern. Auch wenn dies nicht gelungen sei, beruhe der Verfassungstext auf den christlichen Grundwerten. Die Frak-

tion als Anwalt der christlich-jüdischen Werte verteidige die geistig-moralische Dimension der Europäischen Einigung. Hoffnung und Optimismus seien die Grundlage der Arbeit der EVP-ED-Fraktion angesichts der Herausforderungen, vor denen Europa heute stehe, sagte Pöttering.

Ronald Pofalla

## Werte bewahren, Zukunft sichern

**Die CDU hat mit ihrem Wertekongress am 20. Februar in Berlin ihren Anspruch bekräftigt, als wertgebundene Partei den Menschen Orientierung zu geben.**

Dieses Wertefundament unterscheidet die CDU von allen anderen Parteien. Die CDU will diesen Wertschatz bewahren und für die Zukunft sichern. Deshalb wird die CDU ihr Grundsatzprogramm überarbeiten. Dazu gehört, die Frage zu beantworten, was es ganz konkret bedeutet, das christliche Menschenbild im 21. Jahrhundert zu leben. Dazu gehört die Frage nach der Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft angesichts der Herausforderungen der Globalisierung. Denn für die Zukunft ist und bleibt die Soziale Marktwirtschaft die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die wirtschaftliche Dynamik und sozialen Ausgleich am besten verbindet.

Eine veränderte sicherheitspolitische Lage, die demografische Entwicklung, Konflikte zwischen Religionen und Kulturen, der Schutz am Anfang und Ende



Ronald Pofalla, CDU-Generalsekretär

des Lebens sind weitere Stichwörter, die zeigen: Es gibt viele neue Fragen, die grundsätzlicher Überlegungen bedürfen. Der Anspruch der CDU als Volkspartei ist es, eine breite Debatte in und mit der Partei, in und mit der Gesellschaft zu führen. Um dieses Ziel zu errei-

chen, wird die Diskussion zeitgleich in der zuständigen Kommission und in allen Parteigliederungen stattfinden.

### Ablauf des Diskussionsprozesses

Ende April wird sich die Grundsatzprogramm-Kommission auf einer ersten Sitzung in Potsdam konstituieren. Unmittelbar anschließend wird der Diskussionsprozess auf fünf bundesweiten Regionalkonferenzen, zu denen die Parteimitglieder recht herzlich eingeladen sind, in die Partei hineingetragen. Im Spätsommer werden wir einen

#### TERMINE 2006

- 25. April** Konstituierung der Grundsatzprogramm-Kommission in Potsdam
- 25. April** Regionalkonferenz in Potsdam
- 2. Mai** Regionalkonferenz in Bad Fallingbostal
- 10. Mai** Regionalkonferenz in Karlsruhe
- 19. Mai** Regionalkonferenz in Düsseldorf
- 29. Mai** Regionalkonferenz in Kassel
- 22. August** Grundsatzkongress in Berlin
- 26.–28. November** 20. Parteitag mit Vorstellung eines Zwischenberichts, Dresden



Grundsatzkongress veranstalten, um die Leitfragen mit den Vertretern aller gesellschaftlichen Gruppen zu diskutieren. Auf dem Bundesparteitag im November soll dann ein Zwischenbericht vorliegen.

Im Jahr 2007 werden die Diskussionsergebnisse aus Partei und Gesellschaft bei einem zweiten Grundsatzkongress zusammengeführt. Danach wird die Kommission einen Programmentwurf erarbeiten, der dem Bun-

desvorstand der CDU zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Anschließend erfolgt eine zweite intensive Beratungsphase durch Regionalkonferenzen, die in einem Beschluss beim Bundesparteitag Ende 2007 mündet.

## ADENAUER-STIFTUNG PRÄSENTIERT HINTERGRUNDINFOS

Die geschichtliche Entwicklung der christlich-demokratischen Bewegung erforschen und dokumentieren – das ist eine der in der Satzung der Konrad-Adenauer-Stiftung aufgeführten Aufgaben.

Die Geschichte der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands ist auch eine Geschichte ihrer Programmatik. Als große Volkspartei der Mitte hat die CDU aus ihrem christlichen Wertefundament heraus die Geschehnisse Deutschlands seit dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich gelenkt und geprägt. Die drängenden Fragen der Zeit mussten und müssen dabei immer wieder auf der Grundlage dieses Wertefundaments neu beantwortet werden.

Nach den Grundsatzprogrammen von 1978 und 1994 hat die CDU beschlossen, die Jahre 2006 und 2007 zu nutzen, ihr Grundsatzprogramm zu überar-

beiten. Die Konrad-Adenauer-Stiftung wird diese Programmdiskussion im Sinne ihrer Satzungsaufgabe begleiten. Dazu hat die Adenauer-Stiftung unter [www.kas.de](http://www.kas.de) ein Internetportal zur Programmatik der CDU vorbereitet. Über dieses Portal erhält der Interessierte unter dem Stichwort „Quellentexte“ Zugang zu den wichtigsten CDU-Programmen mit Parteibeschlüssen seit 1945 sowie Parteitagprotokollen seit 1950. Eine spezielle Suchfunktion ermöglicht die systematische Recher-

che in allen Texten. In einem Lexikon werden Grundbegriffe der CDU-Programmatik erläutert. Beiträge zur Geschichte der CDU und ihrer Programmdiskussionen sowie Texte namhafter Autoren zu Grundfragen der christlichen Demokratie sind unter dem Menüpunkt Materialien & Themen abrufbar. Ein freies Meinungsforum für engagierte Beiträge im Zusammenhang mit der Programmdiskussion wird zu einem späteren Zeitpunkt das Angebot abrunden.

The screenshot shows the website of the Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. The main navigation bar includes 'Willkommen', 'Stiftung', 'International', 'Politik und Kultur', 'Archiv', and 'Politische Bildung'. The page title is 'Programmatik der CDU'. The content area is divided into several sections:

- Themen / Projekte:**
  - Programmatik der CDU
  - Quellentexte
  - Lexikon
  - Historisches & Thematisches Forum zur Programmdiskussion
  - Quellentexte
- Willkommen:**

Willkommen beim Portal zur Programmatik der CDU. Sie finden hier die Originaltexte der Parteiprogramme und Parteitagprotokolle der CDU im PDF-Format. In Kürze steht Ihnen die Suchfunktion zur Verfügung, mit der Sie die Quellentexte nach Ihren Stichworten durchsuchen können. Sie finden hier Erläuterungen zu Stichworten (Lexikon) und weitere themenrelevante Texte (Materialien und Themen).
- Aktuell:**
  - Suche in Quellentexten:** Eine spezielle Suchfunktion ermöglicht die einfache Recherche in den Parteitagprotokollen, Parteibeschlüssen und -programmen seit 1950. Sie finden die Suche im Menüpunkt „Quellentexte“.
  - Editorial:** Die geschichtliche Entwicklung der christlich-demokratischen Bewegung erforschen und dokumentieren – das ist eine der in der Satzung der

On the right side, there are three small image thumbnails: 'Das Programm der CDU', 'CDU', and 'Historisch Politische Mitteilungen'.

Bundestagsdebatte

## Regierung auf dem richtigen Weg

**Vier Monate nach dem Start der Großen Koalition hat Bundeskanzlerin Angela Merkel die Generaldebatte im Bundestag über den Haushalt 2006 genutzt, um eine erste Bilanz zu ziehen und weitere Schritte anzukündigen.**



Foto: Markus Hammes

„Was wir bis jetzt gemacht haben, reicht mir nicht und reicht vor allem nicht für Deutschland“, sagte die Vorsitzende der CDU Deutschlands in der Debatte. Zwar seien erste Erfolge erkennbar, doch müssten weitere Schritte folgen. Konkret nannte die Kanzlerin acht zentrale Projekte, die es anzupacken gelte: Neben der Föderalismusreform gehörten dazu der Bürokratieabbau, die Forschungsförderung sowie die Energie-, Finanz-, Familien-, Arbeitsmarkt- und Gesundheitspolitik. Merkel appellierte an die Opposition, die Reformvorhaben aktiv mitzugestalten.

Ausdrücklich warnte die Kanzlerin vor einem „Zerreden“ der Föderalismusre-

form. Ziel der Reform sei es, die Zahl der zustimmungspflichtigen Gesetze zu reduzieren, um die Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern zu entflechten und die Verantwortlichkeiten für den Bürger wieder transparent zu gestalten. Das dürfe bei den Diskussionen über Details der Reform nicht aus dem Blick geraten. Als zweiten Punkt nannte Merkel den Bürokratieabbau. Es sei nicht egal, ob beispielsweise Flughäfen in fünf, zehn oder fünfzehn Jahren gebaut werden könnten, mahnte die Kanzlerin. Denn lange Genehmigungszeiten behinderten die Schaffung neuer Arbeitsplätze und beeinträchtigten damit die Lebenschancen der Men-

schen. Zur Sicherung des Standortes Deutschland seien Forschung und Innovationen unverzichtbar, sagte Merkel weiter. Daher habe die Bundesregierung ein Förderprogramm von sechs Milliarden Euro verabschiedet. Damit

Deutschland das

Ziel auch tatsächlich erreiche, bis 2010 drei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung auszugeben, werde jetzt eine Strategie erarbeitet. Nur so werde es gelingen, dass jeder von der öffentlichen Hand ausgegebene Euro zwei Euro an privaten Mitteln mobilisiere.

Mit Blick auf die elementare Bedeutung der Energiepolitik kündigte die CDU-Vorsitzende ein Energiekonzept bis zum Jahr 2020 an. Zu einer modernen Energiepolitik gehöre der Dreiklang aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit. Ein Markenzeichen der Großen Koalition sei zudem eine realistische Haushalts- und Fi-



nanzpolitik, die auf falsche Versprechungen verzichte und stattdessen Vertrauen schaffe.

Außerdem werde die Bundesregierung die Familienpolitik neu ausrichten. Im Mittelpunkt stehe dabei eine bessere Betreuungsmöglichkeit für Kinder unter drei Jahren. Schließlich solle mit dem geplanten Elterngeld „Frauen jenseits der kleinen Verdienste“ die Entscheidung für ein Kind erleichtert werden. Als weiteren zentralen Reformbereich nannte Merkel den Arbeitsmarkt, insbesondere den Kündigungsschutz. In

diesem Zusammenhang rief die CDU-Vorsitzende die Koalitionsparteien zu „Verlässlichkeit“ auf. Grundlage des gemeinsamen Handelns sei die Koalitionsvereinbarung mit der SPD. Dies schließe aber in Zukunft weitergehende Überlegungen nicht aus. „Wenn wir dann in zwei Jahren sagen, das muss weiter gehen, wird keiner jemandem ein Denkverbot erteilen“. Gestärkt werden soll ferner der Niedriglohnssektor.

Das „achte Projekt“ ist laut Merkel die Gesundheitsreform. Eine Strukturreform sei unausweichlich,

da im System der gesetzlichen Krankenversicherung sieben bis zehn Milliarden Euro allein in dieser Legislaturperiode fehlten. Doch auch wenn das Gesundheitssystem „tendenziell teurer“ werde, dürften die Menschen nicht aus Kostengründen vom medizinischen Fortschritt ausgeschlossen werden. Deshalb gelte es, Wettbewerbsspielräume zu nutzen. Zugleich stellte Merkel klar, dass die Gesundheitsreform das Ziel der Großen Koalition, mehr Arbeitsplätze zu schaffen, nicht konterkarieren dürfe.

## SENKUNG DER LOHNNEBENKOSTEN DRINGLICHER DENN JE

**Massenarbeitslosigkeit ist die größte soziale Ungerechtigkeit in Deutschland. Wir wollen diese Ungerechtigkeit am Arbeitsmarkt beseitigen, Schritt für Schritt.**

Arbeit muss bezahlbar sein, dann entstehen auch wieder sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Deshalb müssen wir die Weichen richtig stellen, um die Lohnnebenkosten endlich unter 40 Prozent zu senken. Denn ein Prozent weniger Lohnzusatzkosten schafft bis zu 100.000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeits-

plätze. Die Senkung der Lohnnebenkosten ist dringlicher denn je. Ein erster Schritt ist die Reduzierung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung ab dem kommenden Jahr. Damit werden auch die Unternehmer entlastet und können so leichter in neue Arbeitsplätze investieren.

Damit sind wir aber noch lange nicht am Ziel, mehr Menschen in Lohn und Arbeit zu bringen. Ein Kündigungsschutz mit einer Probezeit von bis zu 24 Monaten, ein wirksames Kombi-



Ronald Pofalla

Lohn-Modell und die Optimierung von Hartz IV stehen auf der Reformagenda. Wenn uns hier die nötigen Veränderungen gelingen, wird

auch die positive Konjunkturentwicklung in Deutschland zu neuen Arbeitsplätzen führen. Zugleich gilt: Auch bei der Gesundheitsreform muss die Wirkung auf den Arbeitsmarkt beachtet werden. Die anstehende Debatte muss auch dazu genutzt werden, Beschäftigungspotentiale in Deutschland zu stärken.

Nordrhein-Westfalen

## Zukunftsakademie NRW eröffnet

**Ganz im Zeichen der Förderung des politischen Nachwuchses steht die „Zukunftsakademie NRW“, die der nordrhein-westfälische Landesverband ins Leben gerufen hat.**

Nahezu alle der rund 180 Stipendiatinnen und Stipendiaten, zahlreiche Funktions- und Mandatsträger sowie 200 Gäste waren der Einladung zur Auftaktveranstaltung der CDU NRW ins Palais Wittgenstein in Düsseldorf gefolgt, um den Startschuss zur Nachwuchsförderung live zu verfolgen.

Die Zukunftsakademie NRW soll Türöffner für den politischen Nachwuchs innerhalb der CDU NRW sein und ihn in direkten Kontakt mit führenden politischen Funktions- und Mandatsträgern bringen. Mit der Förderung begabter junger Menschen investiert die CDU NRW in die Zukunft der Partei und in die Zukunft des Landes Nordrhein-Westfalen. Politische Talente sollen gezielt auf die Übernahme von Verantwortung in Politik, Wirtschaft und Verbänden vorbereitet werden. Das Förderungsprogramm richtet sich dabei an jeden, der innerhalb der CDU NRW und

der Jungen Union NRW auf sich aufmerksam gemacht hat.

Das Gesamtprogramm der Förderung basiert auf drei Säulen: einem Seminarangebot, einem Mentorenprogramm und einem Praktikaprogramm. Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) NRW bieten im Rahmen des Seminarprogramms regelmäßig Seminare zur Fort- und Weiterbildung an. Im Mittelpunkt des Mentorenprogramms steht der persönliche und regelmäßige Austausch zwischen Mentor und Stipendiat. Mentoren sind erfahrene Funktions- und Mandatsträger auf Europa-, Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Jeder Mentor betreut 18 Monate lang jeweils ein Nachwuchstalente, um praktische politische Erfahrungen zu vermitteln und Ratschläge zu geben. Im Rahmen des Praktikaprogramms sollen den Stipendiatinnen und Stipendiaten mittels eines umfangreichen Praktikangebots ein Einblick in



Ministerpräsident Jürgen Rüttgers und Verena Vietz

die hauptamtliche Arbeit der CDU NRW ermöglicht und weitere praktische Erfahrungen vermittelt werden.

Der scheidende Generalsekretär der CDU NRW, Hans-Joachim Reck, erklärte in seiner Begrüßungsansprache, dass die CDU ihre Position als führende politische Kraft Nordrhein-Westfalens langfristig sichern wolle: „Nirgendwo in NRW ist die politische Gestaltungskraft größer als bei uns. Wir brauchen den politischen Nachwuchs, denn wir wollen als Regierungspartei über das Jahr 2010 hinaus eine lange Erfolgsgeschichte in Nordrhein-Westfalen schreiben.“ Das Fundament dafür müsse nun gelegt werden.

In seiner Eröffnungsrede machte Jürgen Rüttgers deutlich, wie wichtig ihm die



Nachwuchsförderung in der CDU NRW ist: „Die Partei braucht Vordenker, die kreatives Potential in die Partei mit einbringen. Es ist gegenwärtig in unserer Gesellschaft nicht mehr selbstverständlich, dass sich junge Menschen innerhalb der Politik bzw. in einer Partei engagieren. Vor diesem Hintergrund ist die Zukunftsakademie NRW mir persönlich ein großes Anliegen und von großer Bedeutung für die CDU NRW.“ Der Landesvorsitzende selbst wird als Mentor die 23-jährige Erkelenz Studentin der Politischen Wissenschaft an der RWTH Aachen, Verena Vitz, betreuen. Verena Vitz ist in der JU aktiv und seit 2004 Ratsmitglied in der Stadt Erkelenz.

Ministerpräsident Rüttgers erklärte weiter, dass die CDU junge Talente brauche, die ihre Zukunftsfähigkeit unter Beweis stellen wollten. In verschiedenen Perspektiven und Alternativen zu denken, sei eine Fähigkeit, die den Geist der Zukunftsgewandtheit auszeichne. Rüttgers bekräftigte, dass die CDU NRW die Herausforderungen der Zukunft annehmen wolle und zitierte Hermann Kahn, einen der großen amerikanischen Zukunftsforscher der 60er Jahre: „Aus der Vergangenheit

kann jeder lernen. Es kommt heute darauf an, aus der Zukunft zu lernen.“ Rüttgers weiter: „Ich hoffe sehr, dass möglichst viele aus der Zukunftsakademie NRW sich langfristig für unsere Partei engagieren werden. Wir brauchen die junge Generation.“

Im Anschluss an die Eröffnungsrede von Jürgen Rüttgers bat Moderator Jörg Grabenschroer zu einer Gesprächsrunde aufs Podium: Hendrik Wüst (Vorsitzender der Jungen Union NRW und designierter NRW-Generalsekretär), Thomas Hunsteger-Petermann (Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung NRW), Helmut Stahl (Vorsitzender der Landtagsfraktion der CDU NRW) und Prof. Werner J. Patzelt (Universität Dresden) diskutierten über die Zukunftsakademie NRW. Prof. Patzelt erklärte: „Heute wird Engagement in Parteien generell argwöhnisch beäugt. Früher war es genau umgekehrt: Wer sich nicht in einer Partei engagierte, war außen vor.“ Patzelt sagte weiter, dass Parteien aber kein Auslaufmodell seien, wie die Gründung der Zukunftsakademie NRW nachdrücklich belege. Helmut Stahl lobte die Zukunftsakademie als richtungsweisend für die Partei: „Ich finde es



Der designierte Generalsekretär der CDU NRW, Hendrik Wüst

unheimlich wichtig, dass Verantwortungsträger in der Politik junge Talente fördern und fordern.“ Hendrik Wüst betonte, dass Talent alleine nicht ausreiche, um politisch voran zu kommen: „Praktika vermitteln wichtige Erfahrungen und Einblicke in das politische Tagesgeschäft. Talent und Theorie alleine reichen nicht aus. Die praktischen Eindrücke zeichnen ein reales Bild eines Berufspolitikers.“ Thomas Hunsteger-Petermann führte aus, dass das Binnenleben einer Partei vielschichtig und komplex sei: „Das Nachwuchsförderungsprogramm wird Kenntnisse und Erfahrungen an den jeweiligen Schnittstellen vermitteln. Wir brauchen Nachwuchs auf allen Ebenen der Partei. Vor diesem Hintergrund ist das breit gefächerte Angebot der Zukunftsakademie NRW der richtige Weg.“

Volker Kauder

# Bundeshaushalt 2006 – erster Schritt zu konsolidierten Bundesfinanzen

**Der von der Großen Koalition vorgelegte Entwurf für den Bundeshaushalt 2006 ist der erste Schritt auf dem Weg zu konsolidierten Bundesfinanzen.**

Der Etat für das laufende Jahr und die von der Bundesregierung vorgelegte Finanzplanung bis 2009 entsprechen den Grundsätzen ehrlicher und verlässlicher Haushaltspolitik. Mit dem Haushalt 2006 wird das wirkliche Ausmaß der finanziellen Fehlentwicklungen der letzten Jahre deutlich: Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt und ein strukturelles Defizit von mehr als 50 Mrd. Euro angehäuft. Unser Ziel ist es, dieses Defizit in den nächsten Jahren zurückzuführen, damit nicht weiter Lasten auf die künftigen Generationen übertragen werden.

Entsprechend dem von uns angesprochenen Dreiklang aus Konsolidieren, Reformieren und Investieren verbindet die Koalition die notwendige Sanierung der Staatsfinanzen mit Maßnahmen, die bereits kurzfristig die Wachstumsdynamik



Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

erhöhen. Zur Stärkung besonders zukunftsträchtiger Bereiche investiert der Bund bis 2009 rund 25 Mrd. Euro, um Wachstumsimpulse zu setzen. Davon werden schon in diesem Haushaltsjahr 3,5 Mrd. Euro ausgegeben.

## Anspruch von CDU und CSU

Darüber hinaus enthält der Haushalt 2006 politische Akzente, die in besonderer Weise dem Anspruch und den Zielen von CDU und CSU gerecht werden: Die steigenden Ausgaben für Forschung und Entwicklung entsprechen unserem

politischen Bekenntnis zu Investitionen in die Köpfe und damit in die technologische Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Mit der Ausweitung der Verkehrsinvestitionen will die Union die Infrastruktur in einem der zentralen Transitländer der EU verbessern. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen, z. B. durch die Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen und das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm, ist originäre Unionspolitik. Das Gleiche gilt für die Förderung der Privathaushalte als Arbeitgeber im Zusammenhang mit der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Der vollständige „Bericht des Fraktionsvorsitzenden“ (PDF, 7 Seiten) steht auf der Homepage der Bundestagsfraktion unter [www.cducsu.de](http://www.cducsu.de) zum Download bereit.



## Vorsichtige Besserung am Arbeitsmarkt

Die Ausgaben des Bundes für Soziales umfassen 51% des Bundeshaushalts, insgesamt 134 Mrd. Euro. Dies ist eine enorme Summe, die wir hier dem Steuerzahler abverlangen. 38,3 Mrd. Euro werden allein für Hartz IV veranschlagt (24,4 Mrd. für Arbeitslosengeld II; 6,5 Mrd. für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen; 3,5 Mrd. für Verwaltung und 3,6 Mrd. für die Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten).

Wenn man die (beitragsfinanzierten) Leistungen der BA im Rahmen des Arbeitslosengeldes I mit betrachtet, ergeben sich im Jahr etwa 90 Mrd. Euro Ausgaben für Arbeitslose (etwas über 50 Mrd. Euro für Alg I und knapp 40 Mrd. Euro für Alg II).

Trotz dieser enormen Summen ist es nicht gelungen, die Arbeitslosigkeit zu senken. Viel Geld ausgeben allein reicht also nicht, es muss an den richtigen Stellen ausgegeben werden.

Die arbeitsmarktpolitischen Instrumente müssen auf den Prüfstand und gegebenenfalls korrigiert werden – auch mit Blick auf eine weitere Kostensenkung.



Ralf Brauksiepe

Der erste Schritt in diese Richtung wird bei der ab Juli notwendigen Neuausrichtung der Förderung von Selbstständigkeit aus Arbeitslosigkeit erfolgen. Die Ich-AG läuft Mitte des Jahres aus und muss mit dem zweiten Instrument der BA zur Förderung der Selbstständigkeit, dem Überbrückungsgeld, zusammengeführt werden.

Beide Instrumente zusammen kosten jährlich über 3 Mrd. Euro. Hier ist Spielraum zur Einsparung, ohne dass sinnvolle und dauerhaften Erfolg versprechende Unternehmensgründungen von Arbeitslosen die Förderung versagt werden muss.

Die weiteren, knapp 80 Instrumente müssen im weiteren Verlauf des Jahres ebenfalls unter die Lupe genommen werden. Dies kann durchaus im Zusammenhang mit den Überlegungen zum Kombilohn geschehen,

da auch dieses Instrument ja aus vorhandenen Arbeitsmarktinstrumenten, die eine Kombination von Markteinkommen und Sozialtransfer vorsehen, entwickelt werden soll.

**Ralf Brauksiepe** ist der Vorsitzende der AG Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## Religionsunterricht als Wahlpflichtfach notwendig

Die Einführung eines einheitlichen verpflichtenden Werteunterrichts an den Berliner Schulen, ohne Sicherstellung des konfessionellen Religionsunterrichts als gleichberechtigtes Wahlpflichtfach, zeigt die religionsfeindliche Grundhaltung des Berliner Senats.

Nach unserem Verständnis muss der Staat jedoch Freiheiten garantieren und nicht Werte normieren. Der staatlich vorgegebene Werteunterricht wird zur Norm erhoben und führt zur Wertbevormundung.

Es werden damit grundlegende Prinzipien unserer pluralen Gesellschaft angegriffen:

1) Der Elternwille und das Gebot der freien Wahl eines bekenntnisorientier-

ten Religionsunterrichtes werden missachtet. Wohin staatlich-ideologische Bildungsmonopole in Wertfragen führen, haben wir in unserer Geschichte schmerzhaft erleben können.

2) Religionsfreiheit als eines der vornehmsten Menschenrechte, an deren Verwirklichung sich ein Staat messen lassen muss, wird so nicht gewährleistet. Religion muss einen festen Platz an deutschen Schulen haben, um in einer pluralen



Ingrid Fischbach

Gesellschaftsordnung Orientierung zu erleichtern.

3) Toleranz setzt zu-

nächst die Selbstvergewisserung des eigenen Standpunktes voraus. Religion, Kultur und Lebensweise in einem vermeintlich neutralen vergleichenden Unterrichtsfach zusammen zu pferchen, erzeugt keine Toleranz, sondern fördert Orientierungslosigkeit und konsequenzlose Beliebigkeit von Werthaltungen.

**Ingrid Fischbach** ist die Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften der Bundestagsfraktion

## KAMPFANSAGE AN KONFESSIONELLEN RELIGIONSUNTERRICHT

**Das mit den Stimmen von SPD, Linkspartei und den Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus verabschiedete Gesetz zur Einführung eines Ethikfaches an Berliner Schulen ab dem kommenden Schuljahr ist eine Kampfansage an den konfessionellen Religionsunterricht.**

Dieser Beschluss entzieht dem Lernort Schule eine entscheidende Bildungschance. Die religiöse Dimension unseres Lebens, die ein grundsätzliches menschliches Bedürfnis und einen Wesenszug des Menschseins darstellt, wird ausgeblendet. Ein Unterricht, der aufgrund der gebotenen weltanschaulichen Neutralität des Staates not-

wendigerweise rein informativen Charakter haben muss, kann nur aus der Distanz über fremde Inhalte sprechen, nicht aber diese vermitteln und erst recht nicht zur Ausbildung eines eigenen religiösen bzw. weltanschaulichen Standpunktes befähigen. Ein für alle verpflichtender staatlicher Ethikunterricht ignoriert überdies, dass auch allgemeine ethische Werte und Normen einer letztgültigen Begründungsperspektive bedürfen.

Der konfessionelle Religionsunterricht wird durch diesen Beschluss faktisch verdrängt, da für die Schüler keine Wahlmöglichkeit



Thomas Rachel

zwischen beiden Fächern besteht, und der Religionsunterricht deshalb als zusätzliches Fach in den Randstunden der ohnehin vollen Stun-

dentafel besucht werden muss. Vom rot-roten Senat wird hier ein Weg beschritten, der die grundlegenden christlich-abendländisch geprägten Werte unserer Kultur gezielt ins Abseits drängt. Damit wird jungen Menschen die Fähigkeit zum interreligiösen und interkulturellen Dialog vorenthalten.

**Thomas Rachel** ist Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK).



## Glückwunsch an Olmert

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gratuliert Ehud Olmert, dem bisher amtierenden israelischen Ministerpräsidenten, zum Wahlerfolg seiner Partei Kadima. Das Wahlergebnis zeigt deutlich, dass die Mehrheit der israelischen Bevölkerung die Fortsetzung des mutig von Ariel Scharon eingeleiteten Rückzugs aus den besetzten Gebieten bejaht.

Eine Rückkehr zu Verhandlungen mit der palästinensischen Seite ist dringend geboten, um einer politischen Lösung des Nahost-Konflikts, wie sie die „Road Map“ des Nahost-Quartetts vorsieht, näher zu kommen. Voraussetzung hierfür jedoch ist, dass Hamas in der Regierungsverantwortung endlich Israels Existenzrecht anerkennt, glaubhaft dem Terror abschwört und Israel als Verhandlungspartner akzeptiert.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt die Bundesregierung in ihren Bemühungen, die neue von Hamas gebildete palästinensische Regierung dazu zu bewegen, in den international gestützten Verhandlungsprozess einzutreten,



Eckart von Klæden

und die neue israelische Regierung darin zu bestärken, den Rückzug aus den besetzten Gebieten in Verhandlungen mit der Palästinensischen Autonomiebehörde fortzusetzen.

**Eckart von Klæden** ist außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Hermann Gröhe** ist Berichterstatter der Arbeitsgruppe Außenpolitik für den Nahen Osten.

## Mobilfunkgebühren werden verbraucherfreundlicher

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt den von der zuständigen EU-Kommissarin Viviane Reding vorgelegten Verordnungsvorschlag zur Neuordnung grenzüberschreitender Mobilfunkgespräche. Dieser Vorschlag greift die von der Union seit längerem



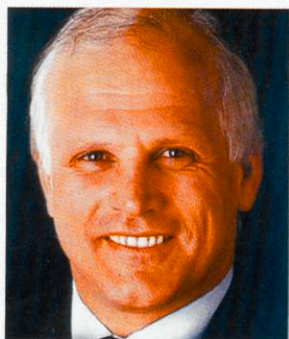
Hermann Gröhe

geforderten Punkte für eine deutliche Senkung der so genannten Roaming-Gebühren auf.

Der in einer Pressekonferenz vorgestellte Vorschlag sieht unter anderem vor, dass die Tarife für netzübergreifende Gespräche nur noch auf der Grundlage der tatsächlichen Kosten berechnet werden dürfen.

Gänzlich entfallen sollen die Gebühren, die bisher bei der Annahme von Mobilfunkgesprächen im Ausland berechnet wurden. Mobilfunkgespräche im EU-Ausland sollen zudem nach Inlandspreisen berechnet werden.

Die Verordnung selber wird erst in den nächsten Monaten von der EU-Kommission vorgelegt werden. Die Neuregelungen würden eine erhebliche Reduzierung der Mobilfunkgebühren für die Verbraucher im europäischen Ausland be-



Peter Bleser



Julia Klöckner



Katherina Reiche

deuten. Die Unions-Fraktion wird zur Unterstützung der Verordnung einen Antrag im Bundestag vorlegen.

**Peter Bleser** ist Vorsitzender der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Julia Klöckner** ist die zuständige Berichterstatterin.



## Deutschland braucht Masterplan Umwelt

**Der weiterhin massive Anstieg der Weltbevölkerung und die wirtschaftliche Dynamik in den Industriestaaten, aber auch in den Entwicklungs- und Schwellenländern, stellen uns vor große Herausforderungen.**

Die Erde als vernetztes Natursystem hat erhebliche Erschöpfungszustände, beispielsweise bei der Trinkwasserversorgung, der biologischen Vielfalt sowie

durch eine steigende Nachfrage nach Rohstoffen und Energie.

Wir brauchen deshalb in Deutschland einen „Masterplan Umwelt“. Dieser soll systematisch quantifizierbare Ziele, Zeitvorgaben und Maßnahmen formulieren sowie deutlich machen, wer zur Erreichung dieser Ziele beitragen kann. Hier sollte auf den Vorarbeiten für ein umweltpolitisches Schwerpunktprogramm aus dem Jahr 1998 der damaligen Umweltministerin Angela Merkel aufgebaut werden.

Gerade in der Umweltpolitik müssen langfristige Leitlinien vorgegeben werden, damit sich Unternehmen darauf einstellen können und Planungs- und Investitionssicherheit haben.

Die Entwicklung der Rohstoff- und Energiepreise sowie der steigende Energiebedarf weltweit machen deutlich, dass wir Energie

und Rohstoffe viel intelligenter nutzen müssen, um unseren Wohlstand langfristig zu sichern. Energie muss effizienter genutzt sowie der Energieverbrauch reduziert werden. Mit einer Strategie „Weg vom Öl“ müssen erneuerbare Energien zur Strom-, Wärme- und Kraftstoffgewinnung stärker genutzt werden. Darüber hinaus muss die Energieforschung gestärkt und Innovationen vorangetrieben werden.

Umweltschutz ist Zukunftssicherung. Denn die Verfügbarkeit von Rohstoffen und Ressourcen, die Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen sowie eine intakte Umwelt sind Grundvoraussetzungen für den Wohlstand in unserem Lande.

**Katherina Reiche** ist Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.



## Werbeartikel der Senioren-Union

### Einkaufswagen-Chip

Bestell-Nummer: **9243**  
Preis je **50 Stück: 15,50 €**  
inkl. MwSt.: 17,98 €



### Kugelschreiber

Bestell-Nummer: **9268**  
Preis je **50 Stück: 11,00 €**  
inkl. MwSt.: 12,76 €



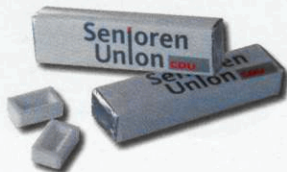
### Stoffbeutel

Bestell-Nummer: **9241**  
Preis je **10 Stück: 7,50 €**  
inkl. MwSt.: 8,70 €



### Pfefferminzriegel

Bestell-Nummer: **9242**  
Preis je **50 Stück: 14,50 €**  
inkl. MwSt.: 16,82 €



## 60 JAHRE CDU



### Broschüre „60 Jahre CDU“ Erfolgreich für Deutschland

Bestell-Nummer: **5208**

Preis je **25 Stück: 12,25 €**

inkl. MwSt.: 13,11 €



### „60 Jahre CDU“ – Rede von Angela Merkel anlässlich der Festveranstaltung

Bestell-Nummer: **5246**

Preis je 50 Stück: **16,50 €**

inkl. MwSt.: 17,66 €



### Medaille „60 Jahre CDU“

Den entsprechenden Bestellschein finden Sie  
im Mitgliedernetz unter [www.cdunet.de](http://www.cdunet.de).



## 60 JAHRE CDU

**Streichhölzer „60 Jahre CDU“  
Schachtel-Set mit 20 verschiedenen  
Plakatmotiven**

Bestell-Nummer: **9205**  
Preis je **100 Stück: 8,50 €**  
inkl. MwSt.: 9,86 €



### Kugelschreiber

Bestell-Nummer: **9204**  
Preis je **100 Stück: 64,50 €**  
inkl. MwSt.: 74,82 €



**Postkarten-Set „60 Jahre CDU“  
5 verschiedene Motive (1 Set)**

Bestell-Nummer: **9206**  
Preis je **25 Sets: 10,00 €**  
inkl. MwSt.: 11,60 €



## Der nächste Regen kommt ganz bestimmt!



### CDU-Regenschirm

Bestell-Nummer: **9658**

Preis je **Stück: 7,70 €**

inkl. MwSt.: 8,93 €



### Regenschirm Super-Mini von Samsonite

Bestell-Nummer: **9240**

Preis je **Stück: 9,50 €**

inkl. MwSt.: 11,02 €



## Süße Überraschungen zu Ostern!

### Vitaminbonbons

3g Minibonbon

Bestell-Nummer: **9177**

Preis je **1 kg (ca. 333 Bonbons): 8,00 €**

inkl. MwSt.: 8,56 €



### Vitaminbonbon – Set

3 kg Bonbons + Bonbonschüttglas  
im Karton

Bestell-Nummer: **9178**

Preis **3 kg + Glas: 26,00 €**

inkl. MwSt.: 27,82 €



### Freshmint-Tütchen

Bestell-Nummer: **9110**

Preis je **200 Stück: 22,00 €**

inkl. MwSt.: 25,52 €



### Gummibärchen

100 Minibeutel in einer Runddose.

Bestell-Nummer: **9547**

Preis je **100 Stück: 10,00 €**

inkl. MwSt.: 11,60 €



## Für Ihre CDU-Aktivitäten zu Ostern!

Ob Siegelmarke oder kleiner Aufkleber – beide Artikel eignen sich gut zum Bekleben von Ostereiern.

Jetzt günstiger!



### Siegelmarke „CDU“

ovale Silberfolie 34 x 25 mm, Rolle à 100 Stück

Bestell-Nummer: **0307**

Preis je **Rolle: 3,00 €**

inkl. MwSt.: 3,48 €



### Aufkleber „CDU“

Größe: 5 x 3 cm

Bestell-Nummer: **9891**

Preis je **100 Stück: 4,00 €**

inkl. MwSt.: 4,64 €

## BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services  
CDU-Kundenbetreuung  
Telefax 05241-8094165  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de